

GEWERKSCHAFTEN

DGB klagt gegen DGB

Ein interner Streit um die Schließung zweier Bildungsstätten der gewerkschaftlichen Dachorganisation DGB beschäftigt mittlerweile drei Arbeitsgerichte. Der Gesamtbetriebsrat des DGB Bildungswerks und die Geschäftsführung der 100-prozentigen DGB-Tochter haben sich gegenseitig verklagt. Die Verfahren werden in Hamburg, München und Düsseldorf geführt. Hintergrund: Das DGB Bildungswerk beabsichtigt, die Häuser am Starnberger See und in Hamburg-Sasel dichtzumachen. Dort werden bislang betriebliche und gewerkschaftliche Weiterbildungen durchgeführt. Mit dem geplanten Ende der beiden Einrichtungen will das Bildungswerk rund eine Million Euro einsparen und den Haushalt des DGB entlasten. Dadurch würden allerdings auch 50 bis 60 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren – und das, obwohl beim DGB betriebsbedingte Kündigungen durch eine Betriebsvereinbarung bis 2014 ausgeschlossen sind. Bisher galten alle Betriebsvereinbarungen des DGB auch für das Bildungswerk. In diesem Fall will der DGB jedoch von der bisherigen Praxis abweichen und eine harte Linie fahren. Dazu gehört, dass dem Bildungswerk-Betriebsrat sogar eine außerordentliche Betriebsversammlung untersagt wurde, was ansonsten Kernbestandteil gewerkschaftlicher Arbeit ist. Die Fronten sind offenbar derart verhärtet, dass die Vorsitzende des Bildungswerks und gleichzeitig DGB-Vorstandsmitglied, Ingrid Sehrbrock, zwischenzeitlich von ihrem Amt zurücktreten wollte.

10

Milliarden Euro

mussten die Deutschen 2010 wegen gestiegener Rohstoffpreise mehr für Ölimporte zahlen als im Vorjahr.

AUTOINDUSTRIE

„Laienhaft und weltfremd“



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Volker Bouffier, 59, Hessens Ministerpräsident und CDU-Vize, über Standortpolitik für die Autoindustrie

SPiegel: Ihr grüner Kollege Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg

philosophiert darüber, dass die Autoindustrie des Ländles weniger Fahrzeuge produzieren könnte. In Ihrem Bundesland befindet sich Opel – wie bewerten Sie Kretschmanns Äußerung?

Bouffier: Man kann den Menschen, die zu Recht stolz sind, bei Daimler, Porsche oder auch Opel zu arbeiten, nicht sagen, dass sie weniger Autos produzieren sollen. Das ist völlig laienhaft und weltfremd. Die Folge wäre doch nur, dass dann die Chinesen künftig jene Autos herstellen, die nicht mehr aus Deutschland kommen. Für die Umwelt wäre damit nichts gewonnen. Die Autoindustrie und ihre Zulieferer sind ein Kernstück für den Wohlstand in Baden-Württemberg und in Deutschland. Sie sind zudem unter den innovativsten Branchen, die es in Deutschland gibt.

SPiegel: Bei Hybrid-Technologien hinkt die heimische Industrie hinterher, dafür schnellen die Zulassungszahlen für den Prius von Toyota nach oben. Brauchen wir bessere Kaufanreize für Öko-Autos?

Bouffier: Beim Elektroauto sind die Japaner weiter als wir. Trotzdem bin ich gegen Förderprogramme mit staatlichem Geld oder gar Kaufanreize. Das haben unsere Autobauer auch gar

nicht nötig. Das Budget für Forschung und Entwicklung bei Daimler allein liegt bei rund fünf Milliarden Euro. Das ist mehr als jedes deutsche Bundesland dafür ausgeben könnte.

SPiegel: Hinter Kretschmanns Äußerungen steckt die Idee von einem Wirtschaftsmodell, das weniger auf Wachstum und mehr auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Können Sie sich vor



TORSTEN SILZ / DAPD

Opel-Produktion in Rüsselsheim

diesem Hintergrund eine schwarz-grüne Regierung 2013 auf Bundesebene vorstellen?

Bouffier: Baden-Württemberg wird dafür zum Labor und Lackmustert: Können die Grünen ein wirtschaftlich erfolgreiches Land regieren? Wenn ich mir die Verteilung der Ressorts anschau und sehe, dass alles, wo es ein bisschen schwierig wird – Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Soziales –, bei der SPD landet, überwiegen bei mir die Zweifel. Trotzdem gilt: Die Probleme suchen sich ihre Mehrheiten. Daher will ich Schwarz-Grün nicht grundsätzlich ausschließen.